

INTEGRATION

Pragmatische Einbahnstraße



Es hängt nicht zuletzt von den Integrationsanstrengungen der ImmigrantInnen wie auch des Großherzogtums selbst ab, ob Luxemburg ein Eintopf ...

Die Integration von ImmigrantInnen lief in Luxemburg bislang vor allem über den Arbeitsmarkt. In den Bereichen der Bildung und der politischen Partizipation gibt es hingegen noch großen Nachholbedarf.

"Die innere Kehrseite der Migration heißt Integration", lautet eine von 15 Thesen, die der deutsche Migrationsforscher Klaus J. Bade vor zwei Jahren in der "Zeit" zum Thema Zuwanderung aufgestellt hat⁽¹⁾. Migrations- und Integrationspolitik gehörten zusammen wie zwei Seiten derselben Medaille, so der Historiker weiter.

Bade spricht sowohl von einer "vorausschauenden" als auch von einer "nachholenden" Integrationspolitik. Letztere sei es, die Folgerungen aus eigenen Fehlleistungen ziehe, erklärt der Migrationsforscher. Denn gegenüber vielen EinwandererInnen der ersten, zweiten und nun bereits dritten Generation bestehe eine historische Bringeschuld.

Integration ist demnach nicht einfach die einseitige Anpassung der Eingewanderten, sondern beruht auf Gegenseitigkeit. Im günstigsten Fall bildet sich eine neue Solidarität in einer Einwanderergesellschaft heraus, in der sich die jeweils eigenen ethno-kulturellen Identitäten finden. "Ohne aktive Gesellschaftspolitik lässt sich Migration nicht erfolgreich gestalten", stellt Bade fest. Die Zuwanderung dürfe nicht unbegleitet bleiben im naiven Vertrauen auf einen gleichsam naturwüchsig friedlichen Verlauf. Und sie muss mehr sein als reines Quotenrechnen.

"Die Politik muss endlich ihre passive Haltung in der Integrationspolitik aufgeben", forderte auch der emeritierte Politologe Dieter Oberndörfer bei einem Symposium zum Thema Migration vergangenen Dezember in Pétange. Doch gerade eine

solche Politik sei über Jahrzehnte versäumt worden, so Oberndörfer.

Um der Frage nachzugehen, wie Integrationspolitik aussehen und wo sie ansetzen soll, bedarf es zuvor einer kurzen Klärung des Begriffs "Integration". Hierbei fällt auf, dass bereits bei der Definition die Meinungen auseinander driften. Der Begriff "Integration" bleibt im Sprachgebrauch meistens diffus und ist zu einem Allerweltswort geworden: Es gibt die europäische Integration, die Integration von Behinderten, die Integration eines Schülers in die Klassengemeinschaft, integrierte Gesamtschulen, integrierte Schaltungen, integrierte Überrollbügel und integrierte Nebenschlussleuchten - und es gibt die Integration von MigrantInnen.

"Man sollte zunächst die Unterscheidung machen zwischen der Assimilation und der Integration", schlägt der Basler Philosoph Hans Saner vor⁽²⁾. Beide Begriffe haben nach Saners Worten gänzlich unterschiedliche Subjekte: Bei der Assimilation ist das Subjekt der Fremde, der sich angleichen soll; bei der Integration ist es das Gastland, das den Fremden aufnimmt und eingliedert. Das lateinische Wort "integratio" heißt übersetzt "Erneuerung". Nach konservativem Verständnis von Integration wird jedoch von den ZuwandererInnen erwartet, dass sie sich verändern. Gemeint ist damit aber nicht "Integration", sondern eine einseitige "Assimilation" - ein etymologisches Missverständnis also. "Integration" bedeutet vielmehr, dass sich beide verändern und dass es überdies zu einer Einheit kommt. "Ich weiß nicht, ob es

eine Pflicht zur Integration gibt", meint Saner und fügt hinzu: "Aber es gibt sicher keine Pflicht zur Assimilation, weil es ein Grundrecht auf eigene Kultur gibt, wo immer man ist." Werde dieses Grundrecht auf eigene Kultur jedoch absolut gesetzt und gleichzeitig auf Integrationspolitik weitgehend verzichtet, so der Schweizer, bestehe die Gefahr der Ghetto-Bildung.

Europäische Identifikation

Die europäischen Staaten unterscheiden sich nicht nur in ihrer Integrationspolitik, sondern differieren auch in ihrer Bereitschaft zur Heterogenität: Dabei herrschen besonders die zwei Standpunkte vor, ob stärker eine Assimilation an die so genannte Dominanzkultur eines Landes - dabei sei an das deutsche Unwort "Leitkultur" erinnert - oder die jeweilige Herkunftskultur gepflegt, also mehr Wert auf Multikulturalität gelegt werden soll. Während Frankreich traditionell eine Assimilation an die französische Kultur erwartet, die sich wiederum den universalistischen Werten "liberté, égalité et fraternité" verpflichtet sieht, werden in Großbritannien und den Niederlanden mehr ethnokulturelle Minderheiten als solche respektiert. "Je nach Aufenthaltsort und Interaktionssituation wird eine der Kollektividentifikationen betont", so der Berliner Politikwissenschaftler Jürgen Fijalkowski⁽³⁾. Eine Person könne zum Beispiel gleichzeitig EuropäerIn, Französin, AraberIn und PariserIn sein. "Gerade deshalb wäre zu überlegen", schlägt Fijal-

kowski vor, "ob es nicht einfacher wäre, die Erziehung auf das Ziel der plurikulturellen Gemeinsamkeit eines Europäers hin auszurichten."

An einer gemeinsamen europäischen Politik zur Integration von ImmigrantInnen fehlt es jedoch. Die Einwanderungspolitik der Europäischen Union konzentrierte sich bislang vor allem auf den Aspekt der Kontrolle. Stattdessen wäre es besser, wenn von Brüssel positive Akzente hin zu einer harmonischen Immigration gesetzt würden, forderte vor kurzem die luxemburgische Caritas-Flüchtlingsbeauftragte, Agnès Rausch.

Kastenwesen de Lux

Mit einem AusländerInnenanteil von 37,6 Prozent liegt Luxemburg mit Abstand an der Spitze der EU-Staaten. Mehr als ein Drittel der hierzulande sozialversicherungspflichtig beschäftigten ArbeitnehmerInnen haben einen ausländischen Pass. Eine ausformulierte "Integrationspolitik" gibt es in Luxemburg aber nicht. Die Zuwanderungspolitik des Großherzogtums war bisher eher von Pragmatismus geprägt - so zum Beispiel bei der geplanten Aufstockung der luxemburgischen Armee durch die Anwerbung von EU-AusländerInnen.

Eine Definition der Einwanderungspolitik Luxemburgs sei notwendig, die Einwanderungspolitik müsse auf den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes fußen, die bestmögliche Integration gewährleisten und losgelöst von den Finanzierungszwängen der sozialen Sicherheit appliziert werden - so lautete das Fazit eines Hearings vergangenen Monat in der Chamber. Dabei wurden Forderungen laut, ein dem Staatsministerium angegliedertes Staatssekretariat für sämtliche Aspekte der Zuwanderung zu schaffen - bis hin zur Einrichtung eines eigenen Ministeriums.

"Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht gegen eine Integration", erklärt Franco Barillozzi, Sprecher des "Comité de liaison et d'action des étrangers" (Clae). Eine zu Beginn des Jahres veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ilres ergab, dass etwa 46 Prozent der EinwohnerInnen Luxemburgs die Integration der abgelehnten AsylbewerberInnen befürworten, indem sie Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. Gegen eine Integration sprachen sich hingegen nur 26 Prozent der Befragten aus. Dabei wurden jedoch sowohl LuxemburgerInnen als auch AusländerInnen befragt. Die wahlberechtigten LuxemburgerInnen zeigten sich etwas zurückhaltender: Unter ihnen beläuft sich die Zustimmung nur auf 39 Prozent, während 32 Prozent eine Integration über den Arbeitsmarkt ablehnten.

Die Integration von ImmigrantInnen in Luxemburg fand bislang vorrangig über den Arbeitsmarkt statt. "In den vergangenen 40 Jahren hat diese Form der Integration funktioniert, weil wir meistens eine florierende Wirtschaft hatten", meint Asti-Präsident Serge Kollweiler. Am Beispiel der bis zu den 70er Jahren angeworbenen PortugiesInnen, die mit rund 58.000 Menschen die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Luxemburg darstellen, wird deutlich, dass der Arbeitsmarkt in qualifizierte und weniger qualifizierte Arbeitskräfte selektiert wurde. Für die ImmigrantInnen blieben vor allem Arbeiten "à des conditions de travail difficiles et de bas salaires"⁽⁴⁾. So sind zum Beispiel nach Statec-Angaben die portugiesischen ImmigrantInnen mit 30,6 Prozent im Bausektor am stärksten vertreten, während 20,5 Prozent von ihnen im Handel sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe (Horeca) arbeiten (im letztgenannten Bereich ist mit 35,3 Prozent auch die Mehrheit der französischen GrenzgängerInnen tätig), also in jenen Branchen für weniger qualifizierte Arbeitskräfte.

Das pragmatische Modell luxemburgischer Prägung hat somit zu einer branchenbezogenen Segregation der Bevölkerungsgruppen und zu einer Reihe von diskriminierenden Klischees geführt: Portugiesische Bauarbeiter oder Putzfrauen, französische VerkäuferInnen stehen luxemburgischen Staatsbeamten gegenüber. Denn letzterer Bereich bleibt LuxemburgerInnen vorbehalten.

Erst kürzlich unterstrich der Generalsekretär der "Union des entreprises luxembourgeoises" (UEL), Pierre Bley, dass trotz wirtschaftlicher Flaute weiterhin Bedarf an Arbeitskräften bestehe. Nachdem bis in die 70er Jahre vor allem ungelernete Arbeitskräfte angeworben wurden, seien heute vor allem qualifizierte ArbeitnehmerInnen gefragt. Und die Chamber-Kommission "Immigration" teilte vergangene Woche mit, dass "trotz einer Verschlechterung der Lage auf dem Luxemburger Arbeitsmarkt" unter anderem Horeca und Landwirtschaft "nach wie vor starkes Interesse an Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern" hätten.

Die restriktivere Zuwanderungspolitik trieb in zahlreichen EU-Ländern Tausende von Neuankömmlingen in die Illegalität und damit weiter ins soziale Abseits. Um die "Illegalen" in einen legalen Status zu überführen, fanden in mehreren Ländern in den vergangenen Jahren so genannte Regularisierungen statt. In Luxemburg bekamen so in den vergangenen beiden Jahren insgesamt 1.839 "illegale" eine Aufenthaltsgenehmigung und 1.901 eine Arbeitserlaubnis. Letztere wurden vor allem für Tätigkeiten in den klassischen Branchen für ImmigrantInnen erteilt: Bau und Horeca.

Die große Mehrheit unter den Regularisierten waren abgelehnte AsylbewerberInnen aus dem ehemaligen Jugosla-

Das Allerweltswort "Integration" auf die Zuwanderung von Menschen in einem Land bezogen, wird vielfach missverstanden: Nicht nur die ImmigrantInnen sind gefordert, sondern auch die Gesellschaft, die sie aufnimmt. Um harmonisch miteinander zu leben, müssen sich beide verändern.

wien. Mit ihrer Legalisierung ist ein erster Schritt zur Integration in die luxemburgische Gesellschaft getan, nicht nur weil sie nun im Großherzogtum arbeiten dürfen, sondern weil sie in den Genuss sozialer Leistungen kommen können. Unterdesen blieben die klassischen "Sans papiers" bei der Regularisierung weitgehend unberücksichtigt. Sie leben nicht nur weiter illegal hierzulande. Zudem rangieren sie im luxemburgischen "Kastenwesen" nach wie vor ganz unten. Ohne soziale Absicherung und auf Schwarzarbeit angewiesen, bilden sie das "Schlusslicht".

LuxemburgerInnen, die Staatsbeamte werden können; EU-AusländerInnen, die freien Zugang zum luxemburgischen Arbeitsmarkt haben; danach ImmigrantInnen ohne nennenswerte berufliche Qualifikationen; und zuletzt "illegale" SchwarzarbeiterInnen: Der luxemburgische Pragmatismus in der Zuwanderungspolitik hat zu einer heterogenen Sozialstruktur geführt. Auch wenn sie die rechtlichen Hindernisse des Zugangs zum Arbeitsmarkt überwinden können, besteht für die ImmigrantInnen nach wie vor ein höheres Risiko, auf dem Arbeitsmarkt marginalisiert zu werden, vor allem, wenn sie über eine geringe Qualifikation verfügen.

Integration per Sprache

ImmigrantInnen können jedoch nicht allein benutzt werden, um die wirtschaftlichen Interessen des Landes abzusichern, und Integrati-

onspolitik darf sich nicht auf die Einwanderung von Arbeitskräften beschränken. Zur Integration gehört nicht zuletzt das Erlernen der Sprache, die in dem jeweiligen Einwanderungsland gesprochen wird. Vor- und Nachteil gleichermaßen ist hier die luxemburgische Dreisprachigkeit. Für erwachsene ImmigrantInnen stellt sich oft das Problem schnell ausgebuchter Kurse und langer Wartezeiten unter anderem am Centre de Langues - Kurse an privaten Sprachschulen dürften für normalsterbliche EinwandererInnen weniger interessant, weil unerschwinglich sein. Und deren Kinder stoßen spätestens in der Schule an die Grenzen der Integration.

Dabei ist der Prozentanteil der Zuwandererkinder in den verschiedenen Stufen des Schulsystems ein in den Sozialwissenschaften anerkannter Gradmesser für eine gelungene Gleichstellung: Die Integrationsleistung eines Bildungssystems ist demnach umso besser, je mehr der Anteil der Kinder der NichtstaatsbürgerInnen denen der StaatsbürgerInnen beim Abschluss der verschiedenen Schul- und Berufsausbildungsstufen gleicht. In keinem der EU-Länder fällt jedoch die Integrationsleistung diesbezüglich zufrieden stellend aus, so auch nicht in Luxemburg: Im Schuljahr 1998/99 waren 39,3 Prozent der SchülerInnen in der Früherziehung ausländische Kinder (die Zahlen stammen aus einer Studie des "Service Coordination de la Recherche et de l'Innovation Pédagogiques et Technologiques"

(Script) vom Juni 2000), 37,5 Prozent in der Vorschulerziehung und 35,03 Prozent im Primärschulunterricht. Im Klassischen Sekundarunterricht waren es nur noch 12,6 Prozent gegenüber 36,7 Prozent im Technischen Sekundarunterricht.

Bezeichnend für eine nicht vollständig geglückte Integration der ausländischen SchülerInnen ist auch ihr hoher Anteil unter jenen, die ein Jahr wiederholen mussten. Von den Immigrantenkinder blieben mit acht Prozent doppelt so viele sitzen wie von den luxemburgischen SchülerInnen. An der Spitze der SitzbleiberInnen: die KapverdianerInnen mit 13,4 Prozent⁽⁵⁾, gefolgt von den PortugiesInnen. Der Hauptgrund für deren schlechtes Abschneiden: Der Script-Statistik ist zu entnehmen, dass aus dem romanischen Sprachraum stammende SchülerInnen vor allem im Unterrichtsfach Deutsch Probleme hatten, also ausgerechnet in jener Sprache, mit der luxemburgische Kinder alphabetisiert werden.

Die ungleiche Verteilung auf Schulen und die hohe Zahl schulischer Misserfolge zwingen das Bildungsministerium zum Handeln. Sie waren Signale dafür, dass das luxemburgische Schulsystem nur ungenügend auf die Integration des Immigrantennachwuchses vorbereitet war. Das Ministerium lancierte ein Paket von Maßnahmen: "Unsere Methode wird den Bedürfnissen der Schüler angepasst", erklärt Christiane Tonnar, im Ministerium für ausländische SchülerInnen zuständig, das 24-Punkte-Programm. Unter anderem wird dabei ein besonderes Augenmerk auf die Früherziehung der Kinder gelegt - mit Luxemburgisch als Sozialisations-sprache. "Wir können nicht unsere eigenen MitbürgerInnen benachteiligen", erklärt Tonnars Kollegin Jeanne Noureldin-Letsch. Während das Dreisprachenprinzip aufrecht erhalten wird, soll dem luxemburgischen verstärkt die Rolle der Integrations-sprache zu kommen: "In etwa



... oder ein multikultureller Fruchtsalat wird.

(Fotos: Christian Mosar)

20 bis 30 Jahren wird die luxemburgische Sprache das einzig verbindende Element der Bevölkerung darstellen", hatte Premierminister Jean-Claude Juncker vor rund einem Jahr gesagt. Denn ohne gemeinsame Sprache sei das Zusammenleben am Arbeitsplatz schwierig.

"BürgerInnen zweiter Klasse"

Zur Integration in eine Gesellschaft gehört jedoch auch das Recht auf politische Partizipation. Ohne dieses bleiben die ImmigrantInnen "BürgerInnen zweiter Klasse". Für ihn sei es schwer nachvollziehbar, dass in Zukunft das aktive und passive Wahlrecht einer Minorität vorbehalten bleibe, erklärte der Premier vor einem Jahr zum Auftakt der Asti-Kampagne "Migrations: les enjeux". Eine doppelte Staatsbürgerschaft, für die Juncker eintritt, würde mehr Möglichkeiten zur politischen Partizipation bedeuten als momentan mit dem kommunalen Wahlrecht für AusländerInnen gegeben ist.

Das Recht auf Einbürgerung, das für in Luxemburg lebende AusländerInnen nach fünf Jahren möglich ist, stellt in der Tat die völlige politische Integration dar. Um aber als gleichberechtigte BürgerInnen eines politischen Gemeinwesens auch der Gefahr der Marginalisierung zu entgehen, bedarf es jedoch mehr: der Entwicklung einer der sozialen Realität angepassten Integrations- oder Gleichstellungspolitik, "qui encouragent et stimulent la discussion"⁽⁶⁾, wie sie Organisationen wie Asti und Clae bereits fordern. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Assimilation der ImmigrantInnen an, sondern auf die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft eines Einwanderungslandes wie Luxemburg.

Stefan Kunzmann

⁽¹⁾ Klaus J. Bade: "Seid nicht zu euphorisch" (Die Zeit, 19/2001).

⁽²⁾ Interview in der "tageszeitung" (3.1.2001).

⁽³⁾ Jürgen Fijalkowski: "Integrationspolitik im europäischen Vergleich", in: "Migration und Flucht" (Hrsg. Steffen Angenendt), Bonn 1997.

⁽⁴⁾ Die ImmigrantInnen seien "bienvenus auprès d'entreprises connues pour des régimes peu favorables aux salariés: les services de nettoyage, le secteur de la restauration et celui de la construction", so die Sozio-Linguistin Claudia Hartmann-Hirsch, zitiert nach "Migrations: les enjeux" (Hrsg. Asti, Luxemburg, April 2003)

⁽⁵⁾ Die KapverdianerInnen stellen die Gruppe von ImmigrantInnen dar, die sich nach Angaben des Erziehungsministeriums am meisten naturalisieren ließen. Ihre Kinder werden deshalb in vielen Statistiken nicht mehr als KapverdianerInnen geführt. Christiane Tonnar: "L'intégration sociale des jeunes Capverdiens dans la société luxembourgeoise est un travail de longue haleine et n'est pas limitée au seul domaine scolaire."

⁽⁶⁾ Der Soziologe Luis Barreira bei dem oben genannten Asti-Seminar im Oktober 2002.

Avis

Ministère des Travaux publics

Administration des Bâtiments publics

Division des Travaux neufs

Avis d'adjudication

Le vendredi 16 mai 2003 à 10:00 heures du matin, il sera procédé aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St Esprit à Luxembourg, à l'ouverture de la soumission concernant

1^{er} les travaux d'installation de chauffage, ventilation et sanitaires

Envergure de l'objet:

Chauffage, ventilation

- 1 Kesselanlage mit Gasgebläsebrenner 365 kW

- 1 Kesselanlage mit Gasgebläsebrenner 225 kW

- 1 Wärmeübergabestation 300 kW, 1 Abgasanlage in Edelstahl

- +/- 3950 ml Heizungsleitungen m. Wärmedämmung
- 48 Heizkörper, 38 Deckenstrahlplatten, 25 Lüfterhitzer

- 4 Zu- und Abluftanlagen, 2 Abluftanlagen

Sanitaire

- 43 Sanitäreinrichtungsgegenstände

- +/- 1150 ml Kalt- und Warmwasserleitungen mit Dämmung

- 1 Abwasserleitung, 12 Wandhydrantenschränke

Les travaux sont adjugés en bloc par entreprise générale.

Le début des travaux est prévu pour le mois de juin 2003.

La durée des travaux est de 110 jours ouvrables par intermittence.

2^e les travaux d'installation électriques basse tension et courant faible

Envergure de l'objet:

Basse tension

- 1 Blitzschutzanlage, +/- 1.150 ml Verteilungen, 120 ml Brandschutzkanal

- 1.900 ml Kabelbühnen und Kanäle, 55.000 ml Kabel und Leitungen

- 845 Installationsgeräte, 1.088 Leuchten

- 3 Gruppenversorgungsgeräte, 162 Not- und Sicherheitsleuchten

Courant faible

- 3 Brandmeldezentralen, 105 Melder, 14 Linienmelder,

140 ml Fühlerrohr, - 9.900 ml Kabel und Leitungen, 75 Installationseinsätze, 1 Sprechanlage

Les travaux sont adjugés en bloc par entreprise générale partielle.

Le début des travaux est prévu pour le mois de juin 2003.

La durée des travaux est de 120 jours ouvrables par intermittence.

à exécuter dans l'intérêt des Ateliers Centraux de l'Administration des Ponts et Chaussées à Bertrange

Les amateurs sont tenus d'introduire leur candidature écrite au moins 1 jour ouvrable avant de retirer le dossier de soumission à

l'Administration des Bâtiments publics "Soumissions"

Boîte Postale 112

L-2011 Luxembourg

Télécopieur: 46 19 19 - 555

Les plans, cahiers de charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration au plus tôt le jeudi 3 avril 2003.

Les offres qui sont établies sur des bordereaux qui n'ont pas été retirés à l'adresse indiquée ci-avant ne sont pas prises en considération.

Les pièces conformes aux prescriptions des articles 28

et 29 du règlement grand-ducal du 2 janvier 1989 et portant

l'inscription: "Soumission pour ... dans l'intérêt des Ateliers Centraux de l'Administration des Ponts et Chaussées à Bertrange etc." doivent se trouver aux bureaux de l'administration des Bâtiments publics, 10, rue du St Esprit à Luxembourg, avant l'heure fixée pour l'ouverture.

Luxembourg, le 27 mars 2003

La ministre des

Travaux publics

Erna Hennicot-Schoepges

Voyages Sotour
La Bourse aux Voyages
www.sotour.com